

L-01 Alle nach ihrer Fassung – Für ein selbstbestimmtes Leben in Berlin

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 28.02.2019

Tagesordnungspunkt: 3 Alle nach ihrer Fassung – Für ein selbstbestimmtes Leben in Berlin

1 Alle nach ihrer Fassung – Für ein selbstbestimmtes Leben in Berlin

2 Für viele Menschen ist Berlin das Symbol der Freiheit. Das Bild der weltoffenen Stadt, in  
3 der alle nach ihrer Fassung glücklich werden können, hat sich seit Jahrhunderten verfestigt.  
4 Trotz oder gerade weil es auch immer wieder historisch lange Phasen gab, die geprägt waren  
5 von Unfreiheit, Terror und staatlicher Verfolgung.

6 Heute, so viele Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der friedlichen Revolution  
7 im Ostteil der Stadt, ist Berlin mehr denn je eine vielfältige Stadt. Ein Sehnsuchtsort für  
8 Menschen aus aller Welt. Ob Berliner\*innen der 1. bis X-ten Generation, Ein-Eltern-Familien,  
9 Menschen mit Behinderung, Gläubige oder Nichtgläubige, LSBTIQ\*, Schwarze Menschen oder  
10 People of Color, Kinder, Jugendliche und alte Menschen: Sie alle wollen hier nach ihrer  
11 Fassung glücklich werden.

12 Freiheit den Lebensentwürfen - Kampf den unterdrückerischen Strukturen

13 Für Bündnis 90/Die Grünen Berlin ist es daher ein zentrales Ziel, Berlin als Stadt zu  
14 gestalten, in der die unterschiedlichen Lebensentwürfe friedlich und anregend nebeneinander  
15 bestehen können, ohne sich gegenseitig auszugrenzen. Gelingen kann uns das, wenn wir  
16 gemeinsam Verantwortung sowohl für das eigene Wohl als auch das der Anderen übernehmen. Wenn  
17 wir Lebensentwürfe, die wir nicht gut finden oder sogar ablehnen, aushalten und  
18 Diskriminierungen auch dann bekämpfen, wenn sie sich gegen andere richten. Wir sind uns  
19 bewusst, dass eine vielfältige und bunte Gesellschaft Konflikte und Auseinandersetzungen mit  
20 sich bringt. Diese Kontroversen sind ein Zeichen für das gesellschaftliche Zusammenwachsen  
21 in Vielfalt. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir vehement gegen unterdrückerische,  
22 ausgrenzende und diskriminierende Strukturen oder (Denk-) Systeme vorgehen. Um es deutlich  
23 zu sagen: Freiheit allen friedlichen Lebensentwürfen, aber Kampf den unterdrückerischen  
24 Strukturen.

25 Wir brauchen klare Position für vielfältige, nicht diskriminierende, antirassistische,  
26 empowernde und offene Strukturen, Gesetze und gesellschaftliche Normen. Voltaire hat einmal  
27 gesagt: „Ich verachte Ihre Meinung, aber ich gäbe mein Leben dafür, dass Sie sie sagen  
28 dürfen.“ Was Voltaire für die Meinungsfreiheit zusammengefasst hat, gilt analog auch für die  
29 Vielfalt der Lebensentwürfe – solange diese Lebensentwürfe nicht selbst unterdrückerisch,  
30 Menschen verachtend oder diskriminierend gegen andere sind.

31 Es geht uns alle an!

32 Es gibt zwar eine Dominanzgesellschaft, aber das ist keine Mehrheitsgesellschaft, denn die  
33 Mehrheit der Menschen gehört in einer oder mehreren Hinsichten einer marginalisierten Gruppe  
34 an: als gläubig, als jung oder als hochbetagt, als Mensch mit körperlichen  
35 Beeinträchtigungen, als ehemaliger Dorfbewohner in einer Großstadt, als Großstädterin auf  
36 dem Land, als fett oder dünn, als arbeitslos oder als hochbegabt. Wir wollen das Bewusstsein  
37 für die Existenz von Intersektionalitäten und Mehrfachzugehörigkeiten in unserem politischen  
38 Handeln verankern und dafür sensibilisieren, dass Antidiskriminierungspolitik keine  
39 Minderheiten- und keine Nischenpolitik ist, sondern im Kern eines jeden demokratischen  
40 Rechtsstaats verankert sein muss.

41 Jede\*r aber hat einen Lebensentwurf – sei der einfach unhinterfragt übernommen, aufgezwungen  
42 oder frei gewählt, der sich nicht in jeder Hinsicht mit dem der meisten anderen deckt.  
43 Deshalb ist eine Politik, die sich Artikel 2 des Grundgesetzes verschreibt, keine Politik  
44 für eine Nische, keine Politik für gute Zeiten, sondern elementar für die Demokratie und den  
45 Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie wahrt die Menschenwürde, den festgeschriebenen  
46 Gleichheitsgrundsatz und die Minderheitenrechte. Sie garantiert Teilhabe und ist somit eine  
47 Politik für alle, für das Gemeinwohl.

48 Nur gemeinsam sind wir stark

49 Für eine gemeinwohlorientierte Solidarität wollen wir sowohl auf staatlicher Seite die  
50 Strukturen und Gesetze, als auch die gesamtgesellschaftliche Grundlage schaffen.

51 Wir wollen eine Gesellschaft, in der Umweltschützer\*innen bei rassistischen Übergriffen  
52 solidarisch aufschreien und Hanfaktivist\*innen für die Rechte von Menschen mit Behinderung  
53 protestieren. Nur wenn wir Solidarität und Allianzen untereinander fördern und praktizieren,  
54 schaffen wir es, die durch das Grundgesetz garantierte freie Entfaltung der Persönlichkeit  
55 auch zu gewährleisten. Dafür brauchen wir – auch staatlich unterstützte – Strukturen, die  
56 den Austausch unter den verschiedenen Bewegungen organisieren, solidarische Aktionen fördern  
57 und gegenseitiges Lernen vorantreiben.

58 Dies kann nur gelingen, wenn wir gemeinsam für eine Gemeinwohlsolidarität kämpfen. Die  
59 Gemeinwohlsolidarität rückt den sozialen Zusammenhalt und das Gemeinwohl in den Mittelpunkt  
60 des gesellschaftlichen Zusammenlebens: Eine soziale, gerechte und friedliche Gesellschaft  
61 kann es nur dann geben, wenn Jede\*r sich in dieser für das gesamte Wohl verantwortlich fühlt  
62 und den Raum bekommt, das eigene Leben selbstbestimmt und frei von Demütigungen und  
63 Verurteilung zu gestalten. Ohne die Anerkennung des Sozialen als Grundpfeiler unserer  
64 Gesellschaft sind wir nicht in der Lage, im umfassenden ökologisch nachhaltigen Wohlstand zu  
65 leben.

66 Grundlagen

67 Für uns ist es zentral, Armut und soziale Not zu überwinden und allen Menschen das Leben zu  
68 ermöglichen, das sie sich wünschen. Deshalb arbeiten wir Grüne mit Nachdruck an  
69 arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Lösungen, die nicht vom Misstrauen gegenüber den  
70 Menschen geprägt sind. So wollen wir beispielsweise Sanktionen beim ALG II abschaffen und  
71 eine Kindergrundsicherung einführen.

72 Genauso bewusst ist uns: Jenseits dieser materiellen Voraussetzungen gibt es andere  
73 Barrieren und Benachteiligungen, die der Verwirklichung von Selbstbestimmung und  
74 gleichberechtigter Teilhabe entgegenstehen. Auch hier wollen wir die zentralen  
75 Stellschrauben weiterdrehen. Wo wir dabei Handlungsnotwendigkeiten sehen und was wir dabei  
76 machen werden, damit wollen wir uns in diesem Antrag beschäftigen.

77 Berlin ist bunt – schon immer

78 Als 1961 die ersten Menschen im Zuge des Anwerbeabkommens nach (West-) Berlin gezogen sind,  
79 war das Berliner Stadtbild noch vom Krieg gezeichnet. Viele Neu-Berliner\*innen sind damals  
80 aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien, Tunesien und Spanien gekommen und haben in  
81 auffälligen Wohnungen in Sanierungsgebieten oder in Mauernähe gewohnt – überall da, wo sonst  
82 niemand bereit war, Mieten zu zahlen. Sie haben in den Fabriken (bspw. Siemens, Osram)  
83 körperliche Schwerstarbeit in unwürdigen Schichtzeiten geleistet – eine Arbeit, die sonst  
84 keiner machen wollte, die aber erheblich dazu beigetragen haben, dass die Bundesrepublik  
85 Deutschland zu einer weltweiten Wirtschaftsmacht geworden ist. Trotz der widrigen Wohn-,  
86 Lebens- und Arbeitsumstände haben sie hier in Eigenregie Wohnungen saniert, Kinder erzogen,

87 Vereine gegründet, Läden aufgemacht, ihr Handwerk angeboten, Kunst geschaffen – alles, um  
88 sich und ihrer Familie ein würdiges Leben zu ermöglichen. Die Geschichte dieser  
89 Pioniergeneration wird häufig allein innerhalb der Familie von einer Generation in die  
90 andere weitergegeben, dabei ist die Geschichte der Aufbaugeneration überall im Berliner  
91 Stadtbild sichtbar: Sei es das Urban Krankenhaus oder der Bau der U-Bahnlinie 8, die  
92 Bepflanzung von Bäumen an Straßen und in Parks. Das heutige Stadtbild und der  
93 wirtschaftliche Aufbau Berlins sind maßgeblich durch die Arbeit und Mühe dieser ersten  
94 Generation gekennzeichnet. Im Osten Berlins hatten die Vertragsarbeiter\*innen aus Vietnam  
95 und Mozambique keine Möglichkeit, sich viel Eigenes aufzubauen: Aber auch sie haben mit  
96 ihrer Arbeit und den wenigen Kontakten, die zu den Berliner\*innen möglich waren, die Stadt  
97 bereichert – und tun es bis heute.

98 Diese Leerstelle in der kollektiven Erinnerung ist ein Beispiel von vielen. Zu den  
99 Grundlagen einer freien Entfaltung der Persönlichkeit gehört aber auch die Sichtbarkeit der  
100 eigenen Lebensrealität im öffentlichen Diskurs. Daher fordern wir, dass die Diversität der  
101 Stadtgesellschaft endlich einen adäquaten Eingang in die Erinnerungskultur findet und die  
102 Berliner Kultureinrichtungen und Schulen – als maßgebliche Transporteure derselben – dazu  
103 befähigt werden, ihr Angebot für und die Mitarbeit von Menschen mit Migrationsgeschichte  
104 systematisch auszubauen.

105 Nicht erst 2015 sind viele Menschen nach Berlin geflohen. Viele Stadtteile sind geprägt  
106 durch Menschen aus dem arabischen Raum. Aber das Jahr 2015 hat vieles in Bewegung gebracht:  
107 Bundesweit – und auch in Berlin – hat es die Forderung nach sozialem Wohnungsbau wieder in  
108 den politischen Fokus gerückt und uns zum Handeln gezwungen. Aber auch die Verwaltung hat  
109 sich ein Stück weit geöffnet, es gibt verbindliche Kooperation mit der Zivilgesellschaft, es  
110 gibt mehrsprachige Informationen und immer öfter auch mehrsprachige Mitarbeiter\*innen. Die  
111 gesellschaftliche Teilhabe der Geflüchteten ist eine Chance auf Innovationen für unsere  
112 Stadt. Innovationen, die Berlin als internationale Metropole dringend braucht.

113 Wir fangen nicht bei Null an

114 Die rot-rot-grüne Landesregierung ist mit dem Anspruch angetreten, die individuelle  
115 Selbstbestimmung zu stärken, Diskriminierungen in allen Bereichen der Stadtgesellschaft  
116 entgegenzutreten sowie die bestehenden Einrichtungen/Instrumente und Maßnahmen zur  
117 Prävention und Sanktion von Diskriminierungen auszubauen und – wo notwendig – zu erweitern.  
118 Dabei kommt unserer Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung  
119 eine Schlüsselrolle zu. Berlin hat ein vielfältiges Beratungsangebot, das von  
120 zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen wird und Berliner\*innen im Falle von  
121 Diskriminierung unterstützt. Wir haben die Beschwerdestrukturen systematisch verstärkt sowie  
122 neue Handlungsfelder aufgebaut. Beispielsweise haben wir eine Fachstelle gegen  
123 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt eingerichtet, die vor dem Hintergrund des umkämpften  
124 Mietmarkts gerade diejenigen unterstützen soll, die bei der Wohnungssuche systematisch  
125 diskriminiert werden. Des Weiteren haben wir uns dafür eingesetzt, dass sich das Land Berlin  
126 im Rahmen der „UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“ auf den Weg macht, gezielt  
127 Anti-Schwarzen Rassismus zu bekämpfen sowie bestehende Community-Strukturen für Schwarze  
128 Berliner\*innen zu stärken. Mit der Roma-Community haben wir eine Selbstvertretung  
129 erarbeitet, die gesetzlich verankert werden wird. Die „Initiative geschlechtliche und  
130 sexuelle Vielfalt“ wurde von uns in einem umfassenden Community-Prozess neu gestartet, um  
131 Homo- und Trans-Feindlichkeit in unserer Stadt weiter zurückzudrängen, LSBTIQ\* zu empowern  
132 und für Akzeptanz in der gesamten Stadtgesellschaft zu werben. Mit einem Maßnahmenplan  
133 „Gegen jeden Antisemitismus!“ wird Berlin künftig noch entschlossener und gezielter gegen  
134 antisemitische Einstellungen und Taten vorgehen. Viele weitere Maßnahmen haben wir  
135 angeschoben und umgesetzt. Uns ist aber auch klar, dass noch vieles zu tun bleibt, um

136 unserem Ziel näher zu kommen: allen Berliner\*innen Chancengleichheit zu garantieren und  
137 einen diskriminierungsfreien, selbstbestimmten Zugang zum öffentlichen, politischen und  
138 kulturellen Leben zu ermöglichen.

139 Teilhabe ermöglichen

140 Vor kurzem hat das Verfassungsgericht klargestellt: Menschen mit Beeinträchtigungen dürfen  
141 nicht einfach vom Wahlrecht ausgeschlossen werden. Sie sind Teil der Gesellschaft, wie alle  
142 anderen auch. Das ist ein großer Schritt voran in Richtung inklusiver Gesellschaft, wie die  
143 UN-Behindertenrechtskonvention sie fordert. Wir wollen in diesem Sinne eine inklusive  
144 Gesellschaft bauen, in der alle Menschen ein Recht auf Teilhabe in allen gesellschaftlichen  
145 Teilbereichen haben und Konflikte auf Augenhöhe miteinander aushandeln: unabhängig davon,  
146 woher sie selbst oder ihre Eltern kommen und wie lange sie schon hier leben. Alle  
147 Berliner\*innen sind #vonhier.

148 So verstehen wir auch Integration: als Teilhabe aller an der Gesellschaft. Es ist Aufgabe  
149 der Politik, Hürden und Diskriminierung aus dem Weg zu räumen, die eine solche  
150 gleichberechtigte Teilhabe verhindern – nicht nur für Geflüchtete oder zugewanderte  
151 Menschen, sondern für alle, deren Recht auf Teilhabe durch strukturelle und materielle  
152 Hürden beeinträchtigt wird. Deshalb wollen wir keine Unterkünfte nur für Geflüchtete mehr  
153 bauen, sondern wollen gemeinsames Wohnen von Anfang an ermöglichen. Und aus demselben Grund  
154 gehören Einrichtungen für Schwerbehinderte nicht an den Rand der Stadt, sondern mitten  
155 hinein in die Kieze.

156 Wir wollen digitale Lösungen für anonyme Bewerbungen: So können jeweils die Merkmale  
157 ausgeblendet werden, die ein faires, diskriminierungsfreies Bewerbungsverfahren verhindern:  
158 Das kann der Name sein, es kann aber auch das Alter, Gewichtsdiskriminierungen oder der  
159 Hinweis auf eine Beeinträchtigung sein.

160 Wir sind in Berlin in der rot-rot-grünen Koalition beim inklusiven Wahlrecht bereits  
161 vorangegangen. Der nächste Schritt muss endlich das kommunale Wahlrecht sein. Für  
162 geflüchtete Menschen ist das Aufenthaltsrecht die größte Hürde. Für uns gilt: Wer etwas  
163 lernen und arbeiten will, soll bleiben können. Deshalb haben wir auf Bundesebene ein eigenes  
164 Einwanderungsgesetz als Alternative zu den Gesetzentwürfen der Bundesregierung vorgelegt.  
165 Wir wollen eine Bleiberechtsregelung für afghanische Geflüchtete und andere Menschen, die  
166 schon lange mit Duldung in Deutschland leben. Und da der Bund den dringend nötigen  
167 Spurwechsel für Menschen, die hier arbeiten oder sich ausbilden wollen, nicht zustande  
168 bringt, arbeiten wir an einem Berliner Spurwechsel. Denn wir wollen allen Menschen, die nach  
169 Berlin kommen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und sie in der Entfaltung ihrer  
170 Persönlichkeit unterstützen.

171 Alle haben Schutz verdient

172 Für Bündnis 90/Die Grünen ist im Kontext sicherheitspolitischer Debatten und Maßnahmen der  
173 Schutz und Ausbau der Bürger\*innenrechte ein zentrales Ziel. Dabei wird die Stärkung der  
174 Berliner Polizeibehörde nicht nur durch eine Erweiterung der Befugnisse erreicht, sondern  
175 auch durch den Aufbau des Vertrauens aller Berliner\*innen in die Behörde.

176 Die Methode des „Racial Profiling“, bei der Personenkontrollen oder Ermittlungen nicht auf  
177 einem konkreten Verdacht beruhen, sondern den Tatverdacht allein aus bestimmten körperlichen  
178 Merkmalen einer Person – wie etwa die Hautfarbe – ableiten, verstößt gemäß mehreren  
179 Gerichtsurteilen gegen das Grundgesetz. Dennoch kommt sie noch immer zum Einsatz, auch in  
180 Berlin. Besonders häufig sind Schwarze Menschen, Roma, türkei- und arabischstämmige Menschen  
181 (bzw. die, die diese Zuschreibungen erfahren) davon betroffen.

182 Daher fordern Bündnis 90/Die Grünen, dass im ASOG ein ausdrückliches Verbot von „Racial  
183 Profiling“ verankert wird. Gleichwohl ist uns bewusst, dass dies nicht genügen wird, um ein  
184 faktisches Verbot von „Racial Profiling“ in Berlin tatsächlich durchzusetzen. Hierfür ist  
185 erforderlich, dass bei der Berliner Polizei eine Diversity-Gesamtstrategie ausgearbeitet und  
186 implementiert wird. Ein wesentlicher Teil davon muss die Stärkung der Aus-, Fort- und  
187 Weiterbildung für den mittleren, gehobenen und höheren Vollzugsdienst in den Bereichen  
188 Diversity und Antidiskriminierung sein. Die Teilnahme für Mitarbeiter\*innen der  
189 Leitungsebenen ist verpflichtend auszugestalten. Dazu gehört auch die Einführung eines  
190 „Community-Policing“-Konzepts zur Zusammenarbeit und Vertrauensbildung der Berliner Polizei  
191 mit insbesondere von Rassismus betroffenen Communities.

192 Schließlich fordern wir die Einführung einer unabhängigen Beschwerdestelle, die bei der\*dem  
193 künftigen Polizeibeauftragten des Landes Berlin angesiedelt ist, an die sich Bürger\*innen im  
194 Falle von Diskriminierungen wenden können. Sie soll auch die polizeilichen  
195 Handlungsanweisungen, Geschäftsprozesse, Abläufe und Praxen im Hinblick auf strukturelle  
196 Diskriminierung auswerten.

197 Institutionellen Rassismus erkennen und abbauen

198 Noch immer produzieren gesellschaftliche Institutionen Ausschlüsse, sei es die Polizei,  
199 Schule, die Berliner Verwaltung oder die Jobcenter. Wer dies anspricht, stößt dabei in der  
200 Regel auf enorme Abwehr und Widerstand. Institutioneller Rassismus und strukturelle  
201 Diskriminierung werden oftmals heruntergespielt oder schlichtweg geleugnet. Dabei ist die  
202 Fakten- und Studienlage klar: Schüler\*innen mit einem „nicht deutsch“ klingenden Namen  
203 erhalten bei gleicher Leistung schlechtere Noten und seltener eine Gymnasialempfehlung.  
204 Musliminnen mit Kopftuch bleibt der gleichberechtigte Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt  
205 verwehrt. Trans\* Personen sind überdurchschnittlich oft von Arbeitslosigkeit und  
206 finanzieller Armut betroffen. Und in der Berliner Verwaltung kommt nur eine verschwindend  
207 geringe Minderheit der Mitarbeiter\*innen of Color in den Leitungsebenen an; ganz zu  
208 schweigen davon, dass unter den Mitarbeitenden der Anteil von Menschen, die von Rassismus  
209 betroffen sind, kaum repräsentiert ist. Wir Grüne wollen das nicht länger hinnehmen. Fakt  
210 ist: Rassismus kommt in allen gesellschaftlichen Bereichen vor. Statt institutionellen  
211 Rassismus kleinzureden, verlangen wir daher umgekehrt eine Professionalisierung im Umgang  
212 mit ihm: Institutioneller Rassismus muss konsequent identifiziert und abgebaut werden. Dafür  
213 müssen diskriminierungskritische und diversitätssensible Organisationsentwicklungen und  
214 Organisationsuntersuchungen zum Einsatz kommen. Staatliche Einrichtungen müssen sich  
215 konsequent für die Diversität der Stadtgesellschaft öffnen.

216 Mit dem künftigen Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) sollen die öffentlichen  
217 Einrichtungen des Landes Berlin bei der Förderung einer Kultur der Wertschätzung von  
218 Vielfalt eine Vorbildfunktion erhalten. Diversity-Maßnahmen sollen darauf zielen,  
219 Diskriminierungen abzubauen bzw. zu verhindern und Chancengerechtigkeit zu fördern. Dies  
220 kann nur gelingen, wenn auch Strukturen in den Blick genommen werden, die beispielsweise zur  
221 Unterrepräsentanz von bestimmten Gruppen – gerade auf Leitungsebene oder bei der Ausrichtung  
222 von Angeboten – führen. Nur auf diese Weise lässt sich institutioneller Rassismus wirksam  
223 abbauen. Dabei stehen die Führungskräfte in besonderer Verantwortung. Maßnahmen zur  
224 Steigerung der Diversity-Kompetenzen müssen daher in der Breite verankert werden. Hier ist  
225 noch ein weiter Weg zu gehen – in dieser Legislaturperiode wollen wir aber die  
226 entscheidenden Weichen stellen!

227 Berlin hat zwar 2010 das bundesweit erste Partizipations- und Integrationsgesetz  
228 verabschiedet, doch die letzten Jahre haben gezeigt, dass dieses Gesetz nicht zur  
229 gleichberechtigten Teilhabe beitragen kann. Wir wollen uns bei der anstehenden

230 Gesetzesnovellierung dafür einsetzen, dass sich die Novellierung an dem  
231 Gleichstellungsgedanken des Berliner Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) orientiert. Es geht  
232 nicht um Integration, sondern im Sinne eines kollektiven Nachteilsausgleichs darum, Gruppen,  
233 die strukturell diskriminiert werden, mit privilegierten Gruppen gleichzustellen.

234 Strukturen dauerhaft verändern

235 Eine moderne Antidiskriminierungsarbeit braucht flächendeckende, langfristige und  
236 nachhaltige Finanzierung. Denn oft sind gerade sie es die Innovation und nachhaltige Effekte  
237 in der Förderlandschaft initiieren. Wir wollen eine Förderung von Organisationen der  
238 Zivilgesellschaft – insbesondere von Migrant\*innenselbstorganisationen und Neuen Deutschen  
239 Organisationen – mit öffentlichen Mitteln, die am Subsidiaritätsprinzip ausgerichtet ist,  
240 denn wir sehen, dass die Feststellung von Problemen und Bedarfen in diesen Organisationen  
241 schneller und fachgerechter geschieht als in Politik und Verwaltung. Projekte gegen  
242 Diskriminierung, als Unterstützung für den Einstieg ins Berufsleben oder für Menschen, die  
243 von häuslicher Gewalt betroffen sind, sind auf zuverlässige und langfristige Förderung  
244 angewiesen. Wo immer möglich sollte von der Projektförderung auf Leistungsverträge  
245 umgestellt werden.

246 Neben den Förderkriterien müssen wir auch alle anderen Strukturen dauerhaft verändern. Ein  
247 einziges Diversitäts-Seminar reicht dabei nicht aus. Wir haben hier die Frauenbewegung und  
248 die vielfältigen Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter zum Vorbild. Wir brauchen  
249 daher überall Diversitäts-Beauftragte, Diversitäts-Räte und Gremien, die sich dauerhaft und  
250 strukturell mit diesem Thema befassen. Ein Mittel, die Perspektive, Erfahrungen und das  
251 Fachwissen der Zivilgesellschaft ein zu beziehen, sind Beiräte, deren Strukturen so gesetzt  
252 sind, dass sie tatsächliche Mitsprache erhalten und keine zahnlosen Verwaltungstiger sind.

253 Wir Grüne wollen, dass die Stimmen von Kindern und Jugendlichen gehört werden, in Politik  
254 und Gesellschaft. Dazu müssen Kinder und Jugendliche an Entscheidungen beteiligt werden, und  
255 zwar nicht nur bei Themen wie Spielplatzbau, sondern bei allen wichtigen politischen und  
256 gesellschaftlichen Themen, auch bei der Stadtentwicklung und beim Verkehr.  
257 Jugendpartizipation ist wichtig. Wir wollen niedrigschwellige Angebote und  
258 Beteiligungsformate, die Kindern und Jugendlichen Lust darauf machen, sich einzubringen. Wir  
259 unterstützen die Kinder- und Jugendparlamente, die es schon in einigen Bezirken gibt,  
260 daneben aber auch die Einrichtung von Kinder- und Jugendbüros in den Bezirken und die  
261 Jugendarbeit in Stadtteilzentren, Jugendclubs und an den Schulen. Kinder und Jugendliche in  
262 Berlin wollen mitmischen, die Politik muss dafür Räume eröffnen – und zwar auch dann, wenn  
263 Kinder und Jugendliche ganz andere Vorstellungen haben als Erwachsene und deren Welt auf den  
264 Kopf stellen.

265 Das kommende Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) ist für eine dauerhafte, strukturelle  
266 Veränderung von großer Bedeutung. Es wird bestehende Regelungslücken des Allgemeinen  
267 Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auf Bundesebene endlich für Berlin schließen. Denn zum  
268 ersten Mal wird damit auch anerkannt, dass der Staat nicht nur bei der  
269 Antidiskriminierungsarbeit eine wichtige Rolle spielt, indem er zivilgesellschaftliche  
270 Projekte im Kampf gegen Diskriminierung, bei Beratung- und Empowermentarbeit unterstützt,  
271 sondern dass der Staat mit seinen Verwaltungen und Behörden selbst auch ein potentiell  
272 diskriminierender Akteur ist. Das LADG wird hier endlich eine rechtliche Handhabe  
273 ermöglichen. Von staatlicher Ungleichbehandlung Betroffene können zukünftig einen Ersatz für  
274 den entstandenen Schaden und eine Entschädigung vor Gericht geltend machen.

275 Mit dem LADG wird Berlin bundesweit eine Vorreiter\*innenrolle einnehmen und Druck für eine  
276 Reform des AGG aufbauen. Denn dank grüner Initiative wird es antidiskriminierungsrechtliche  
277 Innovationen wie einen erweiterten Merkmalskatalog und ein Verbandsklagerecht einführen.

278 Don't shoot the messenger

279 Wir brauchen eine (Debatten) Kultur, in der das Ansprechen von Problemen gewürdigt und nicht  
280 gemäßregelt oder relativiert wird. Wir brauchen eine Kultur, in der Institutionen, Firmen  
281 oder Verbände, die Rassismus oder Diskriminierungen in ihren Strukturen benennen eine  
282 Anerkennung erfahren. Das Problem sind nicht diejenigen, die Rassismus und Diskriminierung  
283 in ihren Reihen aufarbeiten, sondern jene, die leugnen, dass es Rassismus gibt. Partei zu  
284 ergreifen für die Interessen einer Gruppe, die mit einer anderen im Konflikt steht, bedeutet  
285 nie ein Parteiergreifen für die eine Gruppe gegen die Andere, sondern ein Einstehen für die  
286 Werte und Überzeugungen der Grünen Partei.

287 Bei den Kleinen fängt es an

288 Bereits in ihrer Kindheit und Jugend machen Berliner\*innen Diskriminierungserfahrungen. Das  
289 haben im vergangenen Jahr sowohl die #MeTwo-Debatte als auch Berichte über Vorfälle an  
290 Berliner Schulen noch einmal eindrücklich dargelegt. Es ist zudem deutlich geworden, dass  
291 die Diskriminierung in vielen Fällen auch vom Lehrpersonal ausgeht. Bereits in frühen Jahren  
292 müssen also Kinder, die sich in unseren Bildungseinrichtungen in einem  
293 Abhängigkeitsverhältnis befinden, rassistische, sexistische oder etwa behindertenfeindliche  
294 Zuschreibungen ertragen. Dadurch werden gesellschaftliche Ausschlussmechanismen  
295 fortgeschrieben, die unserem demokratischen Gemeinwesen als Ganzes schaden.

296 Diesem bedenklichen Zustand muss etwas entgegengestellt werden. Empörung über vermeintliche  
297 Einzelfälle reicht nicht aus. Wir fordern eine Gesamtstrategie gegen Diskriminierungen an  
298 Berliner Schulen. Berliner Schüler\*innen haben ein Recht auf diskriminierungskritische  
299 Bildung! An Berliner Schulen braucht es einen nachhaltigen, strukturellen und präventiven  
300 Umgang mit Diskriminierung. Es gibt Schutz- und Beratungslücken, die wir schließen wollen.  
301 Es kann nicht sein, dass die Opfer von Diskriminierung die Schule wechseln müssen,  
302 diskriminierendes Lehrpersonal aber nicht sanktioniert wird und sich an den  
303 diskriminierenden Strukturen und Praxen nichts ändert. Eine diskriminierungssensible  
304 Schulkultur ist eine zentrale Aufgabe von Leitungspersonal und Schulentwicklung.

305 Nachdem auf grüne Initiative hin bereits ein aktives Diskriminierungsverbot im Berliner  
306 Schulgesetz verankert wurde, fordern wir nun einen umfassenden Diskriminierungsschutz an  
307 Berliner Schulen, der den Betroffenen eine transparente Beschwerde- und  
308 Interventionsstruktur sowie ihnen verbindliche Präventions-, Informations-, Beratungs- und  
309 Empowermentangebote zur Verfügung stellt. Opfer von Diskriminierung dürfen nicht allein  
310 gelassen werden. Bei Diskriminierungsfällen braucht es eine klare Interventionskette. Dazu  
311 gehört es, dass es an jeder Schule eine qualifizierte Ansprechperson gibt, die Betroffene  
312 berät und alle gemeldeten Diskriminierungsfälle aufklärt sowie diese gegenüber der  
313 zuständigen Schulaufsicht und der Antidiskriminierungsbeauftragten der  
314 Senatsbildungsverwaltung berichtet. Alle Schulen sollen in einem partizipativen Prozess eine  
315 Antidiskriminierungsstrategie erarbeiten. Wir werden den Schulleitungen zur Entlastung  
316 externe Organisationsentwickler\*innen zur Seite stellen. Und wir wollen, dass Berlin eine  
317 unabhängige Beschwerdestelle für Diskriminierung an Schulen einrichtet.

318 Zu den schulischen Strategien gegen Diskriminierung gehört zudem die Förderung der  
319 Wertschätzung von Vielfalt. Dazu braucht es Wissensvermittlung über unterschiedliche  
320 Diskriminierungsformen und die Vermittlung von Diversitykompetenzen. Die kontinuierliche und  
321 verpflichtende pädagogische Aus-, Fort- und Weiterbildung im Bereich Antidiskriminierung,  
322 Intersektionalität und Diversitykompetenz soll verankert und verstärkt und mindestens für  
323 alle Lehrkräfte und das Leitungspersonal obligatorisch werden. Auch das Schulmaterial ist im  
324 Hinblick auf diskriminierungskritische, wissenschaftlich geprüfte Standards zu überarbeiten

325 bzw. zu erstellen und auszuwählen. Nach dem Vorbild der Fachstelle für Queere Bildung  
326 fordern wir zur Unterstützung die Einrichtung einer Fachstelle für Intersektionale Bildung.

327 Es braucht Raum um selbstbestimmt Leben zu können

328 Selbstbestimmt zu leben bedeutet nicht nur, das tun zu können was man will, sondern auch  
329 einen Raum, einen Ort und eine Gegend zu haben, in der man sich frei entfalten kann; wo  
330 keine Marginalisierung stattfindet und auch Teilhabe ermöglicht wird. Dies beinhaltet  
331 Wohnprojekte für lesbische oder migrantische Communities, genügend zentrale Flächen und  
332 Büroräume für Initiativen und Verbände in der Stadt, Orte zum Feiern und Orte zum Erholen,  
333 genauso wie Platz für alternative Wohnentwürfe, wie Flöße auf dem Wasser oder Wagenburgen  
334 auf dem Land. Auch in einer sich zunehmend verdichtenden Stadt ist es entscheidend, dass  
335 diese Orte geschützt und zusätzliche geschaffen werden – denn Menschen brauchen ein Dach  
336 über dem Kopf, sie brauchen aber auch Orte und Gegenden, in denen sie sich entfalten und  
337 leben können. Seien es Grünflächen, soziale Einrichtungen, Spielplätze, Partylocations oder  
338 Begegnungszonen – diese Orte, die meist kostenlos nutzbar sind, sind gerade für Menschen,  
339 die sich privat nicht viel Platz zum Leben leisten können ein elementarer Ort der Erholung  
340 und der Selbstverwirklichung. Dabei gilt es immer, den Interessensausgleich auch zu wahren:  
341 Wir wollen, dass es in Berlin sowohl möglich ist, die Nacht durch zu feiern, als auch zu  
342 schlafen. Bündnis 90/Die Grünen tritt daher dafür ein, die Räume die es jetzt schon gibt zu  
343 schützen, bei Planung von neuen Quartieren auch genug Frei- und sozial nutzbaren Raum zu  
344 schaffen, sowie durch Entsiegelung und Umwidmung, gerade von Parkplätzen, weiteren Raum zu  
345 gewinnen. Die Schaffung eines lesbischen Wohnprojektes hat dafür für uns zentrale Bedeutung.

346 Um auf Dauer eine gute Planung zu gewährleisten, fordern wir ein öffentliches  
347 Flächenkataster, das eine faire Übersicht des Status quo ermöglicht und auch die städtischen  
348 Betriebsflächen mit einbezieht. Dies würde die Entscheidungen der Behörden um ein Vielfaches  
349 transparenter und damit nachvollziehbarer für alle Bewerber\*innen machen.

350 Wir wollen auch das Kleingewerbe in der Stadt schützen. Sei es ein Bäcker, der  
351 Schusterladen, die Bibliothek, ein\*e Klempner\*in oder ein Fahrradgeschäft, diese kleinen  
352 Läden sind wichtig, damit ein gutes Leben im Kiez möglich ist und Gegenstände auch günstig  
353 repariert werden können. Wenn die Anfahrt der\*s Handwerker\*in, weil sie\*er eben nicht mehr  
354 in der Nähe ihr Geschäft hat, mehr kostet als eine Neuanschaffung ist dies auch aus  
355 ökologischer Sicht ein Desaster. Daher muss auch bei zunehmender Verdrängung eine  
356 Grundversorgung der wichtigsten Dienste im Kiez ermöglicht werden. Ein Schutz der  
357 Gewerbetrieben ist daher unumgänglich und für ein gutes Leben elementar.

358 Ausgrenzende Gesetze abschaffen

359 Noch immer gibt es viele Gesetze, die ein selbstbestimmtes Leben behindern und Menschen  
360 vorschreiben, wie sie mit sich und ihrem Körper umzugehen haben. Diese wollen wir verändern  
361 und für alle gerecht gestalten. So wollen wir beispielsweise endlich das  
362 Transsexuellengesetz auf Bundesebene überwinden. Wer sein bei der Geburt zugewiesenes  
363 Geschlecht ändern will, tut dies nicht aus irgendeiner Laune heraus. Trans\*Menschen brauchen  
364 keine Hürden, sondern müssen unterstützt werden. Deshalb brauchen wir ein Gesetz, das dem  
365 Gedanken der Selbstbestimmung und nicht der Pathologisierung folgt.

366 Auch dass der Konsum von Drogen mit polizeilichen Mitteln geahndet wird halten wir nicht für  
367 zielführend. Die Strafverfolgung hat im Bereich der Drogenpolitik für uns nichts zu suchen.  
368 Wir setzen dagegen auf Aufklärung, auf Hilfe für Menschen mit problematischen Konsummustern  
369 und darauf, dass Hürden beim Erwerb von Substanzen so angesetzt werden, dass sie weder  
370 niedrigschwellig – wie derzeit bei Alkohol oder Nikotin – noch gefährdend sind.



371 Auch und gerade Alleinerziehende haben es oft mit gesetzlichen Ungerechtigkeiten zu tun,  
372 weil sie nicht der Norm entsprechen, an der die Politik ausgerichtet wird. Stattdessen  
373 findet sogar oft eine Stigmatisierung statt. Dies wollen wir ändern, denn für uns gilt, dass  
374 die Erziehung eines Kindes unterstützt werden muss, egal von wem und in welcher Form.  
375 Deshalb wollen wir Steuermodelle, die ein bestimmtes Zusammenleben finanziell fördern  
376 überwinden und steuerliche Bevorzugungen dort zum Tragen bringen, wo Kinder groß werden.

377 Grüner Druck macht sich bezahlt: Endlich wird das Land Berlin den Klageweg beschreiten, um  
378 das Neutralitätsgesetz bis zu einer höchstrichterlichen Prüfung zu bringen. Es ist für uns  
379 nicht hinnehmbar, dass auf dem Rücken einiger weniger Frauen derzeit öffentlich ausgetragen  
380 wird, ob dieses Gesetz rechtens ist.

381 Gemeinsam anders

382 Eine tatsächlich vielfältige Gesellschaft, die gemeinwohlsolidarisch die Verantwortung für  
383 die Zukunft übernimmt, ist eine vielfältige, friedliche und erfolgreiche.

384 Um diese Ziel zu erreichen, brauchen wir die Weiterentwicklung der Mehrheitsdemokratie hin  
385 zur vielfältigen Demokratie, die Minderheitenrechte als wesentlichen Bestandteil  
386 demokratischer Entscheidungsprozesse wahrt. Wir wissen auch, dass dies nur gelingen kann,  
387 wenn man streitet, diskutiert und aufeinander zu geht. Dass in einer Metropole wie Berlin  
388 unterschiedliche Interessen verschiedenster Gruppen erst einmal aufeinander treffen, ist  
389 vollkommen normal. Wer Vielfalt leben will, muss dies gestalten, muss den  
390 Interessensausgleich organisieren und den Marginalisierten zur Seite stehen.

391 Die Kraft unserer Gesellschaft, die sie tragfähig, friedlich und sozial sein lässt, liegt  
392 darin, dass wir gemeinsam für unsere Unterschiedlichkeit eintreten. Lasst uns gemeinsam neue  
393 Wege gehen, damit alle von uns nach ihrer Fassung, hier in Berlin und darüber hinaus,  
394 glücklich werden können.

## L-02 Berliner Sonne – die Energie der Zukunft

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 28.02.2019  
Tagesordnungspunkt: 4 Berliner Sonne – die Energie der Zukunft

1 Berliner Sonne – die Energie der Zukunft

2 Der Klimawandel – so geht es nicht weiter

3 Die Folgen des Klimawandels mit all seinen Facetten spüren wir auch in Berlin: Der letzte  
4 Sommer war einer der heißesten Sommer, die wir je hatten mit einer Dürreperiode, die  
5 Menschen, Tieren und Pflanzen in der Stadt zu schaffen gemacht hat. Dazwischen haben wir  
6 zunehmend mit Starkregenereignissen zu kämpfen, die unsere Abwassersysteme immer wieder vor  
7 neuen Herausforderungen stellen. Trotzdem gehören Winter mit strengem Frost noch lange nicht  
8 der Vergangenheit an. Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir solche Extremwetterlagen  
9 immer häufiger erleben werden. Spätestens jetzt muss allen klar sein: Wir müssen dringend  
10 umsteuern, wenn wir noch eine Chance haben wollen, den Klimawandel zu bremsen. Dafür müssen  
11 wir radikal umdenken.

12 Berlin spielt dabei als urbanes Zentrum eine besondere Rolle: Hier wird mehr Energie  
13 verbraucht als produziert. Das müssen, das können – und das wollen wir ändern! Denn in den  
14 Städten liegt der Schlüssel für den Klimaschutz.

15 Raus aus der Kohle – rein in die Erneuerbaren!

16 Die Empfehlung der Kohlekommission, bis 2038 aus der Kohleenergie auszusteigen, halten wir  
17 angesichts der Klimakatastrophe für viel zu unambitioniert und fahrlässig. Wir wissen, dass  
18 wir schneller sehr viel mehr CO<sub>2</sub> einsparen müssen. Die Bundesregierung muss hier  
19 nachbessern. Wir sind es den kommenden Generationen schuldig, alles in unserer Macht  
20 Stehende zu tun, um diesen Planeten zu schützen. Wir freuen uns sehr, dass mit Fridays for  
21 Future eine breite und junge Bewegung entstanden ist, die mit Nachdruck deutlich macht, dass  
22 die Politik nicht nur an die jetzigen Wähler\*innen denken darf, sondern eine Verantwortung  
23 für zukünftige Generationen und globale Gerechtigkeit trägt. Wir stehen an ihrer Seite und  
24 unterstützen die Schüler\*innen bei ihrem Streik für das Klima.

25 Seit Bündnis 90/Die Grünen in Berlin mitregieren, konnten wir schon eine Menge in Sachen  
26 Klimaschutz und Energiewende bewegen. Als erstes Bundesland haben wir bereits 2017 den  
27 Kohleausstieg gesetzlich verankert. Im gleichen Jahr wurde das letzte Braunkohlekraftwerk  
28 stillgelegt. Wir sparen so jährlich rund 600.000 Tonnen CO<sub>2</sub> ein. Und schon nächstes Jahr  
29 geht mit Reuter C das nächste Kohlekraftwerk vom Netz. Ersetzt wird dies durch Europas  
30 größte Power-to-Heat Anlage, die mit Erneuerbaren Energien betrieben wird. So soll es stetig  
31 weiter gehen, bis spätestens 2030 das letzte Kraftwerk abgeschaltet wird. Diese mutigen aber  
32 machbaren Schritte erwarten wir auch von der Bundesregierung.

33 Gleichzeitig hat der Ausbau der Erneuerbaren Energien für uns höchste Priorität. Als  
34 Stadtstaat hat Berlin dabei andere Voraussetzungen als ein Flächenland – wir wollen vor  
35 allem die Potenziale endlich nutzen und legen ein besonderes Augenmerk auf den Ausbau der  
36 Solarenergie. 2017 war Berlin Spitzenreiterin beim Ausbau der Solarenergie bezogen auf die  
37 Fläche – nicht zuletzt dank der Berliner Stadtwerke, die wir vom Bonsai-Stadtwerk zu einem  
38 ernstzunehmenden Player im Energiesektor weiterentwickelt haben. Damit machen wir uns  
39 unabhängig von Vattenfall und Co. Denn Energie ist in unseren Augen keine Ware, mit der man

40 einen möglichst hohen Gewinn erzielen darf, sondern gehört zur Daseinsvorsorge. Wir wollen,  
41 dass alle Menschen sich Ökostrom leisten können. Wer in Berlin kommunal Ökostrom beziehen  
42 will, wechselt zu den Stadtwerken. Dabei setzen die Berliner Stadtwerke auch auf sogenannten  
43 „Mieterstrom“ und machen Berlin somit deutschlandweit zur Spitzenreiterin dieses Modells der  
44 Energiewende. Gemeinsam mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften haben sie die  
45 Mieterstromplattform gegründet, um noch mehr Projekte umzusetzen. Mit einer dieser  
46 Wohnungsbaugesellschaften entsteht gerade Europas größte Mieterstromanlage. So können auch  
47 die Mieter\*innen von der preiswerten Öko-Energie auf dem „eigenen“ Dach profitieren. Leider  
48 hat die Bundesregierung erneut die Rahmenbedingungen für Mieterstromprojekte verschlechtert.  
49 Das Land Berlin hat deshalb eine Bundesratsinitiative zur Anpassung des Mieterstromgesetzes  
50 eingebracht, denn dieses wichtige Instrument für die Energiewende in Städten muss vielmehr  
51 befördert anstatt ausgebremst werden. Die Bundesregierung hingegen hat mit ihrem  
52 Energiesammelgesetz wieder einmal bewiesen, dass ihr Vision und Weitblick beim Ausbau der  
53 Erneuerbaren vollständig fehlen. Alle wichtigen Entscheidungen, wie zum Beispiel die  
54 langfristige Sicherung der Ausbaupfade für Solar- und Windenergie, wurden vertagt. So  
55 gefährdet die Bundesregierung den Ausbau des Ökostroms massiv!

56 Mit dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK 2030) haben wir einen ambitionierten  
57 Plan vorgelegt, um Berlin zur klimaneutralen Stadt zu entwickeln. Ein Schwerpunkt liegt für  
58 uns in Berlin auf dem Ausbau der Solarenergie. Berlin hat ein Photovoltaikpotential von 4  
59 Gigawatt – genug um 25% Prozent der hier verbrauchten Energie quer über alle Sektoren  
60 (Strom, Wärme und Verkehr) bereitzustellen. Mit modernen und intelligenten Lösungen wie zum  
61 Beispiel gebäudeintegrierter Photovoltaik sind bis zu 12 Gigawatt machbar. Intelligent  
62 gekoppelt mit anderen erneuerbaren Quellen wie Geothermie und Windenergie aus der näheren  
63 Umgebung haben wir genug Potenzial, um den Großteil der hier verbrauchten Energie auch hier  
64 zu erzeugen.

65 Unser Ziel ist es, möglichst viel von diesem Potenzial möglichst schnell zu nutzen. Ein  
66 wichtiger Baustein hierfür ist der Masterplan Solar City, mit dem noch im ersten Halbjahr  
67 2019 kurz-, mittel- und langfristige Ziele zum Ausbau der solaren Energieversorgung in  
68 Berlin konkretisiert und die Umsetzung geeigneter Maßnahmen geplant werden sollen, um den  
69 Solarausbau deutlich zu beschleunigen und das Potential möglichst zügig voll auszuschöpfen.

70 Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren auf das vom Pariser Klimaziel vorgegebene Tempo  
71 beschleunigen. Anlagen fallen aber nicht vom Himmel. Damit sich in Berlin überhaupt ein Netz  
72 aus Handwerksbetrieben, Unternehmen und anderen Umsetzer\*innen bilden kann, braucht es  
73 Planungssicherheit – und einen gleichermaßen ambitionierten und machbaren Ausbaupfad.

74 Die große Koalition auf Bundesebene behindert an vielen Stellen den Ausbau der Photovoltaik.  
75 Wir können aber nicht auf andere politische Mehrheiten im Bund warten. Wir müssen jetzt  
76 handeln. Deshalb werden wir alles politisch Mögliche tun, um den oben skizzierten Ausbau  
77 auch umzusetzen. Das umfasst den Abbau bürokratischer Hemmnisse, eine einheitliche Planung –  
78 und vieles mehr. Grundsätzlich muss gelten: Vorfahrt für saubere Energie. Zudem sollte  
79 Berlin seine Spielräume maximal ausnutzen. Wir schlagen dazu die Einrichtung einer „Solar  
80 Task Force“ als Koordinierungsstelle zur Umsetzung vor.

81 Und weil für uns Energiewende immer auch Bürger\*innen-Energiewende heißt, freuen wir uns,  
82 dass die Deutsche Gesellschaft für Solarenergie mit der Unterstützung der Senatsverwaltung  
83 für Wirtschaft, Energie und Betriebe ein Beratungszentrum für Solarenergie in Berlin  
84 aufbaut. Hier sollen sich alle Bürger\*innen über die Möglichkeiten von Solarenergie  
85 informieren können. Das Solarzentrum wird aber auch aktiv auf die Menschen und Unternehmen  
86 in der Stadt zugehen, um sie für die Solarenergie zu gewinnen. Dabei spielen für uns  
87 einzelne Bürger\*innen genauso eine Rolle wie Baugruppen, Genossenschaften oder

88 Investor\*innen. Aber auch Wirtschaft, Handel und Gewerbe wollen wir gezielt ansprechen, zum  
89 Beispiel mit integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepten in Gewerbegebieten – denn nur  
90 gemeinsam kann die Energiewende in Berlin gelingen. Gleichzeitig sind wir uns der  
91 Vorbildwirkung der öffentlichen Hand bewusst und werden hier verstärkt auf Solarenergie  
92 setzen.

93 Nicht zuletzt wollen wir die Forschung zu Erneuerbaren an Universitäten und einschlägigen  
94 Instituten noch stärker fördern.

95 Wir gestalten deshalb die Energiewende zusammen mit Initiativen, Interessenverbänden und der  
96 Stadtgesellschaft. Egal ob bei der Machbarkeitsstudie zum Kohleausstieg, dem Klimaschutzrat,  
97 der von außen den BEK Prozess begleitet, oder dem Wirtschaftsdialog Energie, eins ist klar:  
98 Um die Energiewende in Berlin erfolgreich umsetzen, brauchen wir alle Akteur\*innen mit an  
99 Bord.

100 Stromwende ist noch keine Energiewende

101 Wenn Berlin komplett mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt würde, wäre das schon ein  
102 großer Schritt. Wir wollen aber noch mehr! Denn gerade die urbane Energiewende gelingt nur  
103 quer über alle Sektoren.

104 So bedeutet eine komplette Energiewende auch die Wende im Bereich der Wärmeversorgung. Mit  
105 der Machbarkeitsstudie zum Kohleausstieg prüfen wir, wie schnell Kohle auch als Wärmequelle  
106 im Fernwärmenetz ersetzt werden kann. Dabei wollen wir den größtmöglichen Anteil an  
107 Erneuerbaren haben. Das ist eine große Herausforderung – doch wir stellen uns ihr! Auch  
108 jenseits des Fernwärmenetzes wollen wir auf erneuerbare Wärme setzen. Entsprechend der  
109 Maßnahme im BEK sollen integrierte Quartierskonzepte für Bestand und Neubau initiiert,  
110 entwickelt und umgesetzt werden.

111 Bei der Sektorenkopplung kommt uns die Sondersituation Berlins zugute; sie stellt sich  
112 wesentlich einfacher dar als im ländlichen Raum. Gebäude, Stadtentwicklung, Wirtschaft,  
113 Verkehr und private Haushalte mit ihren diversen Energiebedarfen denken wir zusammen. Wir  
114 wollen mit einem schlaun Mix erneuerbarer Energien die verschiedenen Bedarfe für Strom,  
115 Wärme und Verkehr decken. Solar spielt dabei die wichtigste Rolle, aber auch die Entwicklung  
116 der Windenergie dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, denn neue Kleinwindräder bieten  
117 auch für Städte das Potenzial, Energie aus Wind zu gewinnen. Deshalb setzen wir uns – wie im  
118 Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm vorgesehen – für eine Potenzialstudie für  
119 Windenergie ein. Genauso wichtig sind aber auch die Entwicklung der Geothermie sowie die  
120 Nutzung von Abwärme und der in Berlin anfallenden Biomasse – auch hier müssen wir Potenziale  
121 besser ausschöpfen.

122 Neue technische Möglichkeiten, die zum Beispiel Smart Homes bieten, wollen wir dabei  
123 mitdenken. Denn nur wenn wir auch den Verbrauch der Energie gezielt und effizient steuern –  
124 also zum Beispiel die Waschmaschine laufen oder Batterien laden lassen, wenn sonst kaum  
125 Energie benötigt wird – kann die Energiewende gelingen. Dass dabei der Datenschutz  
126 gewährleistet sein muss, ist für uns Bündnisgrüne eine Selbstverständlichkeit.

127 Was ist zu tun?

128 In Berlin wollen wir konkret dafür sorgen, dass Solarenergie auf jedes Dach – und sobald  
129 möglich, auch an jede Fassade – kommt. Bei Neubauten wollen wir das gesetzlich verbindlich  
130 regeln und für Bestandsbauten soll dies im Rahmen von z.B. Umbauten oder Sanierungen als  
131 nicht-umlagepflichtige Maßnahme vorgeschrieben werden. Hierfür wollen wir im Zuge der  
132 Novellierung der Berliner Bauordnung oder des im Koalitionsvertrag vereinbarten  
133 Wärmegesetzes erste Schritte gehen.

134 Egal ob Kalifornien oder Tübingen: Solar wird zum Standard. Dies muss bei der Bauplanung  
135 bereits mitgedacht werden – zum Beispiel bei Gebäudeausrichtung und Statik. Das schließt  
136 eine Dach- oder Fassadenbegrünung nicht aus – wir begrüßen es, wenn beides kombiniert wird.

137 Um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von Solarenergie auf Landesebene zu verbessern,  
138 wollen wir Förderinstrumente prüfen, etwa zinsgünstige Darlehen oder Zuschüsse für  
139 Solaranlagen und -speicher sowie die ergänzende Förderung von Mieterstrom.

140 Gleichzeitig müssen wir an den Gebäudebestand ran. Nur wenn wir die bestehenden Gebäude in  
141 Berlin nach und nach mit Solaranlagen ausstatten, können wir den Energiebedarf decken. Dabei  
142 ist uns wichtig, dass eine Solar-Pflicht weder bei Neubau noch bei Nachrüstungen im Bestand  
143 zu einer Belastung für Mieter\*innen führt. Ökologie und Gerechtigkeit müssen wir auch  
144 weiterhin zusammen denken und werden es nicht zulassen, dass Klimaschutz und Mieterschutz  
145 gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen die energetische Sanierung voranbringen und  
146 gleichzeitig den Mieterschutz stärken – es darf nicht passieren, dass Menschen sich aufgrund  
147 einer energetischen Sanierung ihre Wohnung nicht mehr leisten können! Ein Klimawohngeld wie  
148 im Bericht der Enquetekommission „Neue Energie für Berlin“ empfohlen, kann hier ein  
149 geeignetes Modell sein.

150 Insbesondere bei den landeseigenen Gebäuden wollen wir voran gehen. Anders als die  
151 Bundesregierung, die mit dem Gebäudeenergiegesetz ausgerechnet die öffentliche Hand vom KfW-  
152 Standard ausnimmt, sind wir uns der Vorbildfunktion der Gebäude in öffentlicher Hand  
153 bewusst. Wir müssen aber auch anerkennen, dass die öffentliche Hand ihrer Vorbildfunktion  
154 noch nicht gerecht wird. Für Bezirke, landeseigene Unternehmen und die Verwaltung insgesamt  
155 ist der Solarausbau weiterhin noch keine Selbstverständlichkeit – das wollen wir ändern! Das  
156 Schulneubau- und Sanierungsprogramm ist eines der größten Bauvorhaben des Landes Berlin. Wir  
157 wollen, dass Solaranlagen dabei zur Pflicht werden und keine neugebaute Schule ohne  
158 Solaranlage errichtet wird. Das schützt nicht nur das Klima, sondern kann bei entsprechender  
159 Einbettung in den Unterricht oder außerunterrichtliche Aktivitäten einen wichtigen Beitrag  
160 zur Umweltbildung leisten. Damit wird der Klimaschutzgedanke bereits in der Schule  
161 transportiert. Auf allen neuen und sanierten Schulen wollen wir - sofern keine intensive  
162 Dachbegrünung oder soziale Nutzung geplant wird - eine Kombination aus Solar und extensiver  
163 Begrünung.

164 Aber auch über neue und außergewöhnliche Ideen wollen wir nachdenken. Ein Solar-Radweg wie  
165 in Ertstadt bei Köln könnte auch in Berlin Sinn machen.

166 Doch um die Energiewende zum Erfolg zu führen, müssen wir nicht nur in Berlin, sondern auch  
167 auf Bundesebene ansetzen: Die gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen  
168 endlich so angepasst werden, dass sie die Energiewende nicht mehr behindern, sondern  
169 befördern. Dazu müssen auch die entsprechenden Förderinstrumente wie zum Beispiel im Bereich  
170 der energetischen Gebäudesanierung gestärkt und CO<sub>2</sub> entsprechend der Belastung, die es für  
171 das Klima darstellt, bepreist werden. Wir streiten für ein gerechtes und effizientes System  
172 der Abgaben und Umlagen im Energiebereich, wobei die Reformen grundsätzlich so ausgestaltet  
173 werden sollten, dass die Verbraucher\*innen in ihrer Gesamtheit nicht höher belastet werden  
174 und die soziale Verträglichkeit gewahrt wird.

175 Dank Bündnisgrün tut sich endlich was

176 In Sachen Energiewende und Klimaschutz hat Berlin zu lange geschlafen und auch die  
177 Bundesregierung hat bei weitem nicht ausreichend Anstrengungen unternommen, um die  
178 Klimaziele einzuhalten. Mit Bündnis 90/Die Grünen in der Regierung ändert sich das; zuerst  
179 in Berlin, aber dank Bundesratsinitiativen und Druck auf die Regierung hoffentlich auch bald  
180 deutschlandweit. Nicht alles lässt sich von heute auf morgen realisieren, aber die wichtigen

181 Weichen haben wir in den vergangenen zwei Jahren bereits gestellt und werden die nächsten  
182 Jahre weiter ehrgeizig daran arbeiten, Berlin zur klimaneutralen Stadt zu machen.